

PRESSEINFORMATION

Eltern wünschen sich freie Schulwahl und alternative Bildungskonzepte

Repräsentative Umfrage des BdFWS– Forderungen an die Politik

Stuttgart/Hamburg/Berlin, 18. 09. 2019. Eltern sollen unabhängig von ihrer Finanzkraft die Schule für ihr Kind frei wählen können. Außerdem soll das Recht eines jeden Kindes auf selektionsfreie Bildung im Grundgesetz verankert werden. Diese Forderungen erhob der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) jetzt aus Anlass des 100-jährigen Waldorf-Jubiläums auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die Forderungen wurden mit den Ergebnissen einer bundesweiten Elternstudie untermauert.

Die repräsentative Elternumfrage hatte der BdFWS aus Anlass des Jubiläums der Waldorfschule 2019 in Auftrag gegeben. Bundesweit wurden 2.064 Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter bis zu 18 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Mentefactum in Kooperation mit Aris Umfrageforschung befragt.

Nach der Studie sind 84 Prozent der Eltern der Auffassung, dass Eltern und Kinder das Recht haben sollten, sich ohne Zusatzkosten in Form von Schulgeldern für die Schule ihrer Wahl entscheiden zu können, 71 Prozent meinen, dass bei der Finanzierung von freien und staatlichen Schulen keine Unterschiede gemacht werden sollten. Mehr als die Hälfte aller Eltern würden ihre Kinder auf eine freie Schule schicken, wenn es eine echte Chancengleichheit bei der Schulwahl unabhängig von der Finanzkraft der Eltern gäbe.

Eindeutig fällt auch das Elternvotum bei der Frage nach dem vorrangigen Vermittlungsauftrag von Schule aus: 83 Prozent der Eltern erwarten eine vielfältige humanistische Bildung, die vor allem auf das Leben vorbereitet. Nur jeder Sechste (16 %) sieht die vorrangige Schulaufgabe in der direkten Vorbereitung auf den Beruf. Die überwiegende Mehrheit der Eltern (93 %) ist der Auffassung, Kinder müssten im Schulunterricht auch praktische, künstlerische und musische Kenntnisse und Erfahrungen erwerben. Eine ebenso hohe Prozentzahl der Eltern sind der Meinung, dass Schule nicht nur auf Prüfungen ausgerichtet sein sollte, sondern auch die Entwicklung einer selbstbewussten Persönlichkeit fördern müsse.

„Der große Vertrauensvorschluss, den Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich bei deutschen Eltern genießen ist gleichzeitig ein eindeutiges Misstrauensvotum gegenüber dem staatlichen Schulangebot und ein deutliches Plädoyer für die Ermöglichung von Schulvielfalt“, sagte der Bildungsforscher Prof. Dr. Heiner Barz von der Universität Düsseldorf bei der Präsentation der Studienergebnisse in Berlin.

Damit Schulvielfalt verbunden mit echter Wahlfreiheit für die Eltern und Chancengleichheit für die Kinder entstehen kann, bedarf es nach den Worten von BdFWS-Vorstandsmitglied Henning Kullak-Ublick grundlegender Veränderungen im deutschen Schulsystem. Vor allem müsse die unterschiedliche Finanzierung von staatlichen und nicht-staatlichen Schulen beendet werden. „Die jetzige Schulgesetzgebung fördert ein Zweiklassensystem, indem sie den freien Schulen eine gleichberechtigte Finanzierung vorenthält, zur Erhebung von Schulgeld zwingt und dadurch bewusst Hürden für einen ungehinderten Zugang schafft“, sagt Kullak-Ublick. Echte Chancengleichheit sei aber nur durch Vielfalt im Schulwesen möglich, unabhängig von den Schulträgern und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Die Vertreter der Waldorfschulen kündigten auf ihrer Pressekonferenz in Berlin an, dass sie die Ergebnisse der Elternstudie 2019 zum Anlass nehmen wollen, eine breite Diskussion um die aktuellen Herausforderungen des Schulsystems anzuregen.

Der BdFWS hat dazu „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ vorgelegt. Neben den Forderungen nach Bildung ohne Selektion und der Wahlfreiheit wird u.a. auch die Bedeutung der Inklusion hervorgehoben, die nicht als Sparmodell für die Schulen missbraucht werden dürfe.

Außerdem werden Voraussetzungen für eine Erziehung zur Medienmündigkeit benannt. In der Elternstudie wurde das Thema Digitalisierung ebenfalls angesprochen. Neben den Finanzmitteln für die Digitalisierung fordert die Mehrheit der Eltern auch Gelder für Mittel zur Förderung der Kreativität. Außerdem sprachen sich die Eltern in der Umfrage überwiegend (85%) für ein allgemeines Handyverbot für unter 16-jährige Schüler aus. Auch bei diesem Thema möchte der BdFWS eine Debatte im Bildungswesen anstoßen.